

Inhalt:

Seite 1: Landtags-TiWi – es ist vollbracht! / **Seite 1:** Die Landtagssitzung am 19. und 20. März 2009 im Überblick / **Seite 4:** Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung / **Seite 5:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 6:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 6:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 7:** Lesetipps

Landtags-TiWi – es ist vollbracht!

Nun funktioniert es: Auf der Homepage des Landtages kann die Landtagssitzung per Videoclip am heimischen Computer verfolgt werden. Mit diesem [LINK](#) gelangt man auf die entsprechende Seite, zu jedem Tagesordnungspunkt können einzelne Reden verfolgt, die zugehörigen Drucksachen abgerufen und das jeweilige Verhandlungsergebnis nachgelesen werden.

Dieser nützliche und hilfreiche Service kann für die Landtagssitzungen seit Januar 2009 abgerufen werden.

Die Landtagssitzung am 19. und 20. März 2009 im Überblick

Das Programm wird auf zwei Tage gestreckt, Freitag Mittag ist alles abgearbeitet. Einen vollständigen Überblick zu den Beratungsergebnissen bietet wie immer die [kommentierte Tagesordnung](#) mit Videoclips zu den einzelnen Redebeiträgen auf der Seite des Landtags.

Es beginnt mit dem [Nachtragshaushaltsgesetz 2009](#), die Notwendigkeit liegt auf der Hand und wird von der Landesregierung so beschrieben: „Mit den Änderungen wird der Haushaltsplan an die auf Grund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwartenden Mindereinnahmen sowie an die aus den Konjunkturpaketen I und II der Bundesregierung resultierenden Mehrausgaben angepasst.“ Finanzminister Bullerjahn beschreibt ausführlich die Situation und erläutert, wie die Landesregierung selbiger zu begegnen gedenkt. Ein offener Streitpunkt ist die Frage, wie viel von den Mitteln des Konjunkturpakets pauschal – also ohne Zeckbindung – an die Kommunen weitergereicht wird, die Landesregierung will das in Grenzen halten, DIE LINKE will eine weitgehend pauschalierte Mittelausgabe, selbst aus der CDU wurden [Stimmen](#) laut, die dies unterstützen.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN **Wulf Gallert** (s. [Redemanuskript](#)) bescheinigt der Landesregierung denn auch, sie begegne den Kommunen ganz offensichtlich mit tiefem Misstrauen: „...das Land Sachsen-Anhalt drückt mit diesem Vorgehen sein substanzielles Misstrauen gegenüber den kommunalen Vertretungen aus. Im Vergleich aller fünf neuen Bundesländer dokumentiert sich dies in dem mit 37 % geringsten Anteil an Pauschalierungen aus diesem kommunalen Investitionsprogramm. Man traut den Kommunen nicht zu, in ihrem ureigensten Verantwortungsbereich die richtigen Schwerpunkte zu setzen und meint, dass sie ihr

Glück nur unter der väterlichen Anleitung dieser Landesregierung finden, einer Landesregierung, die nach den Worten ihres Ministerpräsidenten dieses Konjunkturprogramm eigentlich ohnehin nicht gewollt hätte.“ DIE LINKE legt einen [Änderungsantrag](#) vor, der vor allem auch dieses Herangehen korrigieren soll.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wie der Änderungsantrag werden zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Finanzen sowie in die Fachausschüsse überwiesen. Auf einer zusätzlichen Landtagssitzung am 8. April 2009 soll der Nachtragshaushalt beschlossen werden – wenig Zeit für die Beratung in den Ausschüssen ...

Die **Fragestunde** ist ein – oftmals zu Unrecht – eher wenig beachteter Landtags-Standard, diesmal jedoch lösen eine [Frage](#) der rechts- und innenpol. Sprecherin der LINKEN **Gudrun Tiedge** - es geht um die Wahrnehmung der Geschäfte des Rektors der Fachhochschule Polizei – und die [Antwort](#) des Innenministers einen größeren [medialen Nachhall](#) aus. Keine gute Presse für den Innenminister ...

Hinter dem **Gesetz zur [Garantieermächtigung](#) des Ministeriums der Finanzen zugunsten der Norddeutschen Landesbank** verbirgt sich nicht weniger als die Übernahme einer Landesbürgschaft in Höhe von 3,3 Mrd. Euro für die Jahre 2009 und 2010. Der Finanzausschuss hatte den Gesetzentwurf einstimmig befürwortet, das Hohe Haus folgt dem ebenso einstimmig. Ganz ohne Debatte ...

Dafür darf die **Änderung des [Nichtraucherschutzgesetzes](#)** sehr ausführlich debattiert werden, ein Urteil des Landesverfassungsgerichts hatte die Novelle notwendig gemacht. Schon Tage zuvor wurde in der Presse von neuem Koalitionsstreit berichtet, Sozialministerin Kuppe wird mit den Worten zitiert, sie lehne jede Aufweichung ab, die Fraktionen sollten sich hier selbst blamieren. Für die gesundheitspol. Sprecherin der Linken **Heidelinde Penndorf** (s. [Redemanuskript](#)) ist vor allem der Umstand zu beklagen, dass keine bundeseinheitliche Regelung zustande gekommen ist: „der Nichtraucherschutz sollte wahrlich kein Gegenstand eines föderalen Wettbewerbs sein. Es zeigt sich nun endgültig, dass eine bundeseinheitliche Regelung für ein Rauchverbot ohne Ausnahme vernünftiger wäre als der Flickenteppich aus verschiedenen Länderregelungen mit diversen Ausnahmen. Weil sich aber die Bundesregierung ihrer Verantwortung entzogen hat, muss eine Novellierung des Gesetzes in Sachsen-Anhalt in allen Bereichen den Gleichheitsgrundsatz beachten und die Balance zwischen Selbstbestimmungsrecht und Nichtraucherschutz gewährleisten.“

Der Gesetzentwurf geht zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

Die FDP eine gründliche **Analyse der [Polizeilichen Kriminalstatistik](#) und der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität**, die Landesregierung soll im Innenausschuss berichten. Die rechts- und innenpol. Sprecherin der LINKEN **Gudrun Tiedge** (s. [Redemanuskript](#)) kann eines nicht vollends verhehlen: „bei dem vorliegenden Antrag habe ich mich schon gefragt, warum das Anliegen nicht auf dem Wege eines Selbstbefassungsantrages im Innenausschuss thematisiert werden konnte.“ Problematisch, so die Rednerin, sei die unterschiedliche Aufbereitung der Statistik im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Während in den letzten Jahren die Statistiken sehr gut miteinander vergleichbar gewesen seien, sehe das in diesem Jahr ganz anders aus. Da sich offenbar diesmal alle im Hohen Hause der Brisanz wie der Wichtigkeit des Themas bewusst sind, wird der Antrag einstimmig beschlossen, Opposition hin oder her.

Etwas sperrig kommt der Titel eines Antrages der LINKEN daher: **[Gendersensible Gestaltung von Bildungsprozessen in den allgemeinbildenden Schulen](#)**, nichts desto trotz aber verbirgt sich dahinter (s. unten) ein hochaktuelles und sehr ernsthaftes Problem. Auch hier Einstimmigkeit, der Antrag wird in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Schon die Drucksachenummer im Titel des Antrages der LINKEN [Bericht über den Stand der Beratungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt - Drs. 5/489](#) weist auf das Problem hin: Hier schmort ein Gesetzentwurf seit langer Zeit in den Ausschüssen. Und nun will DIE LINKE Auskunft darüber, wie es weitergehen soll.

Beschlüsse werden hier nicht gefasst, die Präsidentin wird zum Abschluss der Debatte erklären, dem Berichterstattungsverlagen sei gemäß § 14 (2) der Geschäftsordnung des Landtages entsprochen.

In schöner Einmütigkeit erfolgt die [Wahl der Mitglieder für die 13. Bundesversammlung](#) durch den Landtag von Sachsen-Anhalt, und damit ist der erste Beratungstag beendet.

Eine Aktuelle Debatte wünscht die FDP zum Thema **Ausbau der [Breitbandversorgung](#) in Sachsen-Anhalt**. Um die steht es vielfach nicht zum besten, also soll man darüber reden. Die Einbringerin verweist auf die große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch für die gesellschaftliche Teilhabe. Zugleich übt die FDP – wie andere auch – heftige Kritik an dem unlängst durchgeführten „[Breitbandgipfel](#)“ der Landesregierung (s. auch Pressemitteilungen der [LINKEN](#) und der [FDP](#)).

Der wirtschaftspol. Sprecher der LINKEN **Dr. Frank Thiel** (s. [Redemanuskript](#)) hält denn auch mit seiner Kritik nicht hinter dem Berg: „Das inzwischen deutlich gewordene Problem heißt: Wir reden über eine ganze Menge Geld, wissen aber eigentlich nicht so richtig, wie hoch der Bedarf genau ist und in welchen Bereichen das Geld zielgerichtet auszugeben ist.“ Und er warnt: „Der Einsatz öffentlicher Gelder kann beim Ausbau des Breitbandnetzes nicht bedeuten, dass profitable Telekommunikationsunternehmen bedingungslos subventioniert werden. ... es geht doch wohl nicht an, dass die öffentliche Hand Fördermittel und Eigenanteile bereitstellt und sich dafür verschuldet, aber vom laufenden Ertrag nicht profitiert.“

Im Ergebnis einer Aktuellen Debatte werden keine Beschlüsse gefasst.

Recht umfänglich erfolgt die **Bewertung der EU-Strukturfondsförderung von 2000 bis 2006**, es handelt sich um die Aussprache zu einer von der LINKEN gestellte [Großen Anfrage](#) an die Landesregierung, deren [Beantwortung](#) vorliegt. Die Anfrage ist auf 10 Seiten untergebracht, die Beantwortung durch die Landesregierung bedurfte eines Umfangs von 713 (!) Seiten.

Das verblüfft denn auch den europapol. Sprecher der LINKEN **Harry Czeke** (s. [Redemanuskript](#)): „Wir haben es hier im wahrsten Sinne des Wortes mit einem sehr schwergewichtigen Thema zu tun, wie man schön an diesem Stapel Papier erkennen kann. ...die Antwort bzw. zumindest die Länge der Antwort, leider nicht der Inhalt, übertraf doch bei weitem unsere Erwartungen.“ Auch hier ist keine Beschlussfassung vorgesehen.

Der **Entwurf eines Gesetzes zum [Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag](#)** gelangt zur abschließenden Behandlung, dazu liegt eine [Beschlussempfehlung](#) des zuständigen Ausschusses vor. Der empfiehlt mehrheitlich Zustimmung. Einer der wesentlichen Streitpunkte war der Umfang der Online-Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, hier wurde offenbar ein tragfähiger Kompromiss gefunden. Ein CDU-Abgeordneter ist sogar fast geneigt, von einer Magna Charta des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sprechen, aber ganz so epochal ist die Sache wohl doch nicht. Das sieht auch der medienpol. Sprecher der LINKEN **Stefan Gebhardt** (s. [Redemanuskript](#)) so: „Das Positive an diesem Vertrag ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk den gesetzlichen Auftrag bekommt, allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe an der neuen Informationsgesellschaft zu ermöglichen. Erstmals bekommt der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen gesetzlichen Auftrag, seine Inhalte auch online zu transportieren.“ Allerdings gebe es eine Reihe ernsthafter Kritikpunkte, daher werde sich die Fraktion der Stimme enthalten. Die FDP entscheidet sich ebenso, mehrheitlich aber wird zugestimmt.

Es ist Freitag, 12.01 Uhr, die Sitzung ist beendet.

Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung:

TOP 02: Bewertung der EU-Strukturfondsförderung von 2000 bis 2006 (Aussprache zur Großen Anfrage) ([Drs. 5/1339](#); [Drs. 5/1430](#))

Eingangs der **Großen Anfrage** der Linken heißt es erläuternd: „Nach Artikel 40 ff. der Verordnung (EG) 1260/1999 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds ist zur Abschätzung der Wirkung von Gemeinschaftsaktionen, insbesondere von Aktionen der Strukturfonds, eine Analyse der Auswirkungen dieser Aktionen vorzunehmen. ... Vor dem Hintergrund dieser Evaluierungen stellen sich Fragen zur Einschätzung der Wirksamkeit der eingesetzten EU-Strukturfondsmittel, die auch im Hinblick auf den Umgang mit Strukturfondsmitteln in der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 Aufschluss geben könnten.“ Und so kommen dann immerhin 84, teilweise noch untergliederte Fragen zusammen. Wie schon erwähnt, ist für den europapol. Sprecher der Fraktion **Harry Czeke** (s. [Redemanuskript](#)) zwar der Umfang der Beantwortung beeindruckend, der Inhalt offensichtlich weniger: „Nicht nur, dass anscheinend die Antworten teilweise nur aus anderen Dokumenten rauskopiert wurden (hierbei wurde sich meist nicht mal die Mühe gemacht die Zeitformen der Verben anzupassen), sie waren auch inhalts- und aussageleer. ... Auch wird leider grundsätzlich keine Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg übernommen, sondern auf andere Entscheidungsträger oder Zuständige verwiesen. Diese Herausredungstaktik zieht sich durch die Antworten der Landesregierung wie ein roter Faden.“ DIE LINKE werde bei den Berichten zur laufenden Förderperiode ganz genau hinschauen und die bis dato von der Landesregierung vorgezeigten Erfolge genau hinterfragen. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht, diese Aussprachen dienen eher der öffentlichen Positionsbestimmung von Fraktionen und Landesregierung.

TOP 08: Gendersensible Gestaltung von Bildungsprozessen in den allgemeinbildenden Schulen ([Drs. 5/1848](#))

In der **Antragsbegründung** heißt es u.a.: „Die Bildungsbiografien von Schülerinnen und Schülern sind ein besonderer Beleg dafür, dass die soziale Dimension des Geschlechts einen beachtlichen Einfluss auf den Bildungserfolg von Mädchen und Jungen hat. Zahlreiche Studien verdeutlichen ebenso wie statistische Belege, dass es in stärker werdendem Maße Jungen sind, denen der individuelle Erfolg in der allgemeinen Schule verwehrt bleibt. Mädchen hingegen gelingt es nicht, ihren offensichtlichen Schulerfolg auch gewinnbringend im Sinne von gleichberechtigter Teilhabe an Arbeit und Einkommen nutzbar zu machen.“

Und die sozialpol. Sprecherin der Fraktion **Birke Bull** (S. [Redemanuskript](#) und [Pressemitteilung](#)) fügt hinzu: „Wir haben den Antrag gestellt, weil wir in Sachsen-Anhalt in jedem Fall die Konzeptionslosigkeit beenden müssen. Wir brauchen ein schulpolitisches Konzept, das die geschlechterbedingte Ungleichheit zunächst erst einmal sichtbar macht - das letzte Konzept ist aus dem Jahr 2002 - und sich auch mit den unterschiedlichen Problemlagen von Geschlechtern auseinandersetzt, nämlich von Mädchen und von Jungen.“

Kultusminister Olbertz bestätigt, nach vielen Jahren des Einsatzes gegen die Benachteiligung von Mädchen gebe es jetzt tatsächlich Tendenzen eines gegenteiligen Phänomens. Das Geschlechterpendel in der Schule sei zu weit in die andere Richtung ausgeschlagen. Er will die Sache weiter vertiefen und empfiehlt eine Überweisung in die zuständigen Ausschüsse. Und dafür sprechen sich auch alle Fraktionen aus, das Thema wird in den Landtag zurückkehren.

TOP 09: Bericht über den Stand der Beratungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt - [Drs. 5/489](#) ([Drs. 5/1851](#))

In der [Geschäftsordnung des Landtages](#) heißt es: „Fünf Monate nach Überweisung eines Beratungsgegenstandes können eine Fraktion oder acht Mitglieder des Landtages verlangen, dass der Ausschuss durch den Vorsitzenden oder Berichterstatter dem Landtag einen Bericht über den Stand Beratungen erstattet. Wenn sie es verlangen, ist der Bericht auf die Tagesordnung des Landtages zu setzen.“

DIE LINKE verlangt es und formuliert in der Antragsbegründung u.a. so: „Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt ist von der antragstellenden Fraktion in der 14. Sitzung des Landtages am 25. Januar 2007 eingebracht worden. ... Die bisherigen Beratungen haben zu keiner Beschlussempfehlung geführt.“ Der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion Dr. **Frank Thiel** (s. [Redemanuskript](#)) erläutert, dass es in dem Gesetzentwurf um wichtige Fragen des kommunalen Wirtschaftsrechts ginge und verweist auf die Notwendigkeit des Gesetzes: Die ständige Stigmatisierung der privatwirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, die ihr zumeist in der Öffentlichkeit anhaftet, korrespondiert nicht mit der Tatsache, dass die Gewinne gerade dieser privatwirtschaftlichen Tätigkeit oftmals der örtlichen Gemeinschaft zugute kommen und diese dann in die Lage versetzt, über die minimale Daseinsvorsorge hinaus weiterführende sinnvolle Projekte umzusetzen, für die ohne eine entsprechende wirtschaftliche Betätigung der Kommune keine Mittel zur Verfügung stünden. ... Wir befinden uns seit einiger Zeit in neuen Landkreisstrukturen. Die Zusammenschlüsse zu größeren Gemeinden haben begonnen bzw. stehen bevor. Es ist also dringend an der Zeit, das Gemeindefinanzrecht zu modernisieren und an neue Bedingungen anzupassen.“

Der Vorsitzende des Innenausschusses **Thomas Madl / CDU** gibt den gewünschten [Bericht](#). Er schildert nochmals den Werdegang, verweist darauf, dass die Koalitionsvereinbarung eine Evaluierung des Gemeindefinanzrechts vorsah, deren Ergebnis bis zum 2. April 2009 vorliegen solle. Wenn das Ergebnis der Evaluierung vorliege, werde der Gesetzentwurf der LINKEN beraten.

Beschlussfassungen erfolgen bei derartigen Tagesordnungspunkten nicht.

DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#):

TOP 01: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2008/2009 ([Drs. 5/1854](#))

DIE LINKE legt einen **Änderungsantrag** ([Drs. 5/1875](#)) zum Nachtragshaushalt vor. In seiner Begründung heißt es: „Insgesamt bleibt festzustellen, dass das Bundes-Konjunkturprogramm II für Sachsen-Anhalt eine unterdurchschnittliche Konjunkturbelebung erzielen wird. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, die die Binnennachfrage in Sachsen-Anhalt stärken. Dazu gehört, dass das kommunale Investitionsprogramm unverzüglich mit Verzicht auf den kommunalen Kofinanzierungsanteil an die Kommunen weitergereicht wird. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, die Neueinstellungen in den öffentlichen Dienst vorzuziehen und auf 700 zu erhöhen, um der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte entgegen zu wirken. Zur Stärkung der Binnennachfrage und zur Entlastung von Familien soll die Landessubventionierung bei der Mittagsversorgung in Kindertagesstätten und Grundschulen sowie die einmalige Pauschale an die Schulträger zur Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln beitragen.“ Das ganze Paket wird in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils in den Redebeiträgen der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

Landtagssitzung ab 2009:

<http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/reden/>

frühere Landtagssitzungen:

<http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>

offizielles Wortprotokoll:

[http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=63&tx_exozetlsadoc_documentation\[cat\]=5&cHash=d21c04ca64](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=63&tx_exozetlsadoc_documentation[cat]=5&cHash=d21c04ca64)

Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

Seit 2009:

<http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/presse/>

ältere:

<http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>

Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Die in der Broschüre angekündigte Homepage ist nun ebenfalls zugänglich:

<http://www.sachsen-anhalt-liebenswert.de/>

Die Seite soll zum Informations- und Diskussionsportal in Sachen Landesentwicklungsplanung entwickelt werden.

DIE LINKE im Bildungskonvent

Informationen sind hier zu finden: <http://www.bildungskonvent-dielinke.de/>

Aktuelle Termine und Veranstaltungen:

Donnerstag, 26. März 2009, Magdeburg / Landtag
Betriebsrätekonferenz der Landtagsfraktion

Samstag, 28. März 2009, Berlin und Frankfurt/M.
Demonstrationen [„Wir zahlen nicht für Eure Krise“](#)

Montag, 30. März 2009, Berlin

Konferenz [»IMPULS« - eine neue Idee für die Gesundheit](#)

Dienstag, 31. März 2009

[Öffentliche Fraktionssitzung in Stendal](#)

Mittwoch, 08. April 2009, Magdeburg / Landtag
Landtagssitzung

Montag, 13. April 2009

[OSTERMARSCH 2009 in Stendal](#)

Donnerstag/Freitag, 16./17. April 2009, Berlin

Konferenz [Gute Arbeit - Gute Ausbildung](#)

Weitere Termin- und Veranstaltungsinformationen sind u.a. hier zu finden:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/
- http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

Lesetipps:

- ["KEIN TOTALER UNRECHTSSTAAT"](#)
- [Ein Gespenst geht um](#)
- [Althaus spielt mit Bild](#)
- [Industrialisierung des Mitleids](#)
- [Kalorien auf den Tisch, nicht in den Tank](#)
- [Mit freundlichen Grüßen von Attac](#)
- [Attac: Mit "Zeit"-Fälschung in die Zukunft](#)
- [Attac - ZEIT](#)
- [Dialektik beiseite!](#)
- [Eine Frage der Bestimmung](#)
- [Die Vordenkerin](#)
- [Aus Politik und Zeitgeschichte \(Übersicht\)](#)

Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Immer lesenswert!

klartext
Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt